

»Eine Frage an und für unsere Zeit«. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse*

Sabine Hark

»Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.« So lautet bekanntlich Simone de Beauvoirs weltberühmtes Diktum. »Keine biologische« Festlegung, so Beauvoir entschieden, aber auch keine »psychische oder ökonomische Bestimmung legt die Gestalt fest, die der weibliche Mensch in der Gesellschaft annimmt«.

Beauvoir schrieb ihr Buch vor rund siebzig Jahren, wenige Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges. Zwar fragte sie sich schon damals, ob es noch nötig sei, ein feministisches Buch zu schreiben, denn womöglich sei in der »Debatte über den Feminismus« doch schon »genug Tinte geflossen«. Wer indes die aktuellen Auseinandersetzungen um, vor allem aber die Anfechtungen der Gender Studies zur Kenntnis nimmt, kommt nicht umhin festzustellen, dass offensichtlich weder genug Tinte geflossen ist, noch ihre Überlegungen an Brisanz eingebüßt haben. Denn Beauvoirs zentrales Theorem, ›Frau‹ sei eine gesellschaftliche Erfindung, ist nach wie vor nicht nur geeignet, Irritation und Verstörung auszulösen, es taugt gegenwärtig auch zu affektiv hoch aufgeladenen Abwehrreaktionen höchst unterschiedlicher Provenienz.

Jedenfalls hat sich unter dem zum Kampfbegriff mutierten Begriff des »Genderismus« eine bemerkenswerte, europaweite Allianz im Geiste zur Bekämpfung einer vermeintlich ebenso dubiosen wie gesellschaftliche Fundamente zersetzenden Ideologie zusammengefunden. Und diese Allianz reicht vom Vatikan über evangelikale Freikirchen und die katholische Frauenbewegung in Polen, die Bewegung *Manif pour tous* in Frankreich und die - gida-Proteste in Deutschland, die AfD und die unter dem Namen ›Besorgte

* Dieser Beitrag beruht auf dem gleichnamigen Aufsatz von Paula-Irene Villa und Sabine Hark in dem Band „Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen“, hrsg. Von Sabine Hark und Paula-Irene Villa, Transcript Verlag Bielefeld 2015

Eltern« gegen die vermeintliche »Frühsexualisierung« von Kindern kämpfenden Gruppen, neokonservative Männerrechtler, selbst ernannte »Lebensschützer«, konservative Ökolog_innen, maskulinistische und andere (Leitmedien-)Publizisten, Wissenschaftlichkeit reklamierende Blogger_innen, neuerdings eine Reihe von Professoren für Evolutionsbiologie bis hin zu extrem rechten Bewegungen und Parteien.

Die Vertreter_innen jener selbst ernannten Anti-Gender-Allianz verwenden den Begriff des Genderismus dabei zur Mobilisierung gegen eine vermeintlich totalitäre »Gender-Ideologie«. Diese Ideologie dränge den Menschen wahlweise Vorstellungen von Geschlechterrollen auf oder wolle diese aberziehen und beabsichtige insgesamt, die Gesellschaft ihrer natürlichen Fundamente – Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität – zu berauben. Besonders die Diskreditierung der Gender Studies als »Exzess«, »Ideologie«, »pseudo-religiöse Dogmatik« oder »Anti-« beziehungsweise »Pseudowissenschaft« spielt hier in jüngster Zeit eine zentrale Rolle. Die Rede ist von »Gender-Wahn« und »Gender-Unfug«, von »Krampfzone«, von der »Profilierungssucht« der »Genderfrauen«, deren illegitimer Besetzung von Professuren und Lehrstühlen (»Lehrstuhlbesetzer«) sowie davon, dass die Gender Studies (natur-) wissenschaftlich bewiesene und objektive Tatsachen ebenso wenig zur Kenntnis nähmen wie den »gesunden Menschenverstand«. Unverhohlen wird geschmäht, diffamiert und zum Teil Gewalt angedroht. Zuhäuf finden sich absichtsvolle Verkehungen und affektive Mobilisierungen, systematisch produzierte Missverständnisse und Irreführungen, Diffamierungen und Diskreditierungsversuche.

Warum der Vorwurf der Anti-Wissenschaftlichkeit aktuell wissenschaftlich und auch gesellschaftlich relevant sind, ist dem Umstand geschuldet, dass und wie sich diese spezifische Diskreditierungsfigur gegenwärtig europaweit mit (rechts-)populistisch-fundamentalistischen, anti-etatistischen und anti-demokratischen Rhetoriken und Dynamiken verbindet.

Ich will diese Diffamierungen zunächst in aller gebotenen Kürze skizzieren. Im zweiten Schritt werde ich dann ebenso kurz umreißen, worum es im Kern bei den Angriffen auf die Gender Studies geht.

»Hokuspokus« und »Pseudowissenschaft«. Weisen der Diskreditierung

Der, sich anti-staatlich gerierende Populismus wartet in Bezug auf die Gender Studies einesteils auf mit der nicht nur rhetorischen Mobilisierung gegen eine vorgeblich »von oben« – wahlweise die Brüsseler EU-Bürokratie, der Staat oder eben schlicht die Gender-Professor_innen, die gerne mal als lesbische Weltverschwörung, angeführt von Judith Butler, tituiert werden – gesteuerte Indoktrination und anderenteils mit der Forderung, Wissenschaft – die Gender Studies – habe »gesellschaftlich nützlich« und, darin impliziert, für alle Steuerzahlenden unmittelbar nachvollziehbar zu sein. Schließlich, so das populistische Argument, werden die Gender Studies aus »unser aller Steuergelder« finanziert.

Die Unterstellung des religiösen, wahnhaften, aber auch dogmatischen oder gar totalitären Charakters der Gender Studies ist dabei ubiquitärer Natur. Wieder und wieder wird ein immer gleiches Set von Behauptungen angeführt. Gender Studies sind »Pseudowissenschaft«, »Ideologie«, »Dogmatik«, »Religion«, »Weltanschauung«, »Hokuspokus«.

Aus dieser Prämisse folgen die weiteren Kampfsätze. So wird immer wieder behauptet, die Gender Studies seien an den Universitäten und Hochschulen unverhältnismäßig präsent – es habe eine »Genderisierung der Universitäten« stattgefunden. Hierzu kursieren verzerrte, bewusst falsche Zahlen und Angaben. Auch wird mit bewusst unscharfen Begriffen operiert, Die Rede ist beispielsweise von »Lehrstühlen« statt Professuren, oder es werden aus (meist nebenberuflichen, oft nicht oder deutlich unterbezahlten bzw. prekär beschäftigten) Lehrbeauftragten »Dozenten«, was eine hauptberufliche Beschäftigung suggeriert. Es wird der Eindruck erweckt, als flössen Millionen, gar Milliarden öffentlicher Gelder in eine politische Ideologie, die sich nicht nur als Wissenschaft tarnt, sondern zudem auch die jungen Menschen in den

Universitäten zu ideologisieren versuche. Wie die »Maden im Speck« fressen sich dann die »Genderistas« und »Lehrstuhlbesetzerinnen« durch die Universitäten, finanziert von »unser aller sauer verdientem Geld«.

Mit den tatsächlichen Verhältnissen an deutschen Hochschulen haben diese Volten indes wenig gemein: Im Jahre 2013 lehrten an Hochschulen und Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt rund 35.000 hauptberufliche Professor_innen. Dies umfasst alle Besoldungsstufen. Von diesen rund 35.000 weisen ca. 150 eine Teil- oder Volldenomination für Gender Studies bzw. Geschlechterforschung auf. Das macht ca. 0,4 Prozent der Professuren insgesamt aus. Im Übrigen gibt es in Deutschland zwar eine nationale wissenschaftliche Fachgesellschaft für Gender Studies, die Fachgesellschaft Geschlechterstudien, aber im institutionalisierten Gefüge etwa der Forschungsförderung, zum Beispiel bei der DFG, existieren die Gender Studies nicht als eigenes Fach.

Wer mag, kann nun knapp 0,4 Prozent aller Professuren für eine sich abzeichnende oder bereits vollzogene »Genderisierung« halten. In Tat und Wahrheit gibt es freilich weder eine massenhafte Präsenz der Geschlechterforschung an deutschen Hochschulen, noch stellen diese eine Bedrohung der bisherigen institutionalisierten Form von Wissenschaft dar. Letzteres wird jedoch immer wieder von »anti-genderistischer« Seite behauptet. So werden z.B. Fächer und Disziplinen gegeneinander gerechnet und suggeriert, die Ausbreitung bzw. der »boom« (Martenstein 2013) oder gar »Terror« (Stausberg 2015) der Gender Studies gehe zu Lasten anderer Fächer. Wie jüngst in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: »Jede Million für die Geschlechterforschung ist eine weniger für die Meteorologie oder die Byzantinistik.«

Unbeirrt von diesen Zahlen und Fakten wird gebetsmühlenartig behauptet, Gender Studies seien Teil einer feministischen »Staatsräson« bzw. wahlweise der »Gender-Lobby«. Solche Vermischungen und Gleichsetzungen durchziehen die Mehrzahl der Texte: Gender Studies = Gender Mainstreaming = Feminismus = Staatsräson.

Der Vorwurf, Gender Studies sei Teil der Staatsräson, stellt dabei nicht nur ein zentrales Muster in der rhetorischen Diskreditierung dar, es ist auch vielfach anschlussfähig in Richtung populistischer Argumente und Rhetoriken eines deutlich anti-demokratischen Anti-Etatismus. Dabei wird diese Gleichsetzung systematisch verkoppelt mit nationalistischen und anti-europäischen Haltungen beziehungsweise Formulierungen, insbesondere mit Bezug auf die Chiffre »Brüssel«. So schon im Sommer 2006 in der Zeitung *Junge Freiheit* zu lesen:

»Vom unermüdlichen Werken und Weben der Lobbyisten und Ideologen in der Brüsseler Eurokratie erfährt der Normalbürger in der Regel erst, wenn es zu spät ist. [...] Das Konzept [Gender] stammt aus der feministischen Lesbenbewegung und beruht auf der Annahme, ›Geschlecht‹ sei nicht biologisch vorgegeben, sondern ein soziales und damit veränderbares Konzept. Heterosexualität ist in dieser Auffassung kein Normalzustand, sondern ein zu überwindender, überkommener Zwangsbegriff.« (Lattas 2006)

»Gender Trouble«

Nun ist all das, für sich genommen, nicht neu. Nicht wenige waren immer schon der Meinung, Feminist*innen, Queers und andere trieben es zu weit mit ihrer Infragestellung der vermeintlich natürlichen Ordnung der Dinge.

Warum es aktuell analytisch wie politisch dennoch relevant ist, sich mit den Volten auseinander zu setzen, dann, weil sich etwas verändert hat: Im Unterschied zu den historischen Vorläufern des Anti-Feminismus artikulieren sich die heutigen Angriffe in erster Linie nämlich nicht als Anfechtungen von Feminismus und der Idee der Gleichheit. Die Argumentation ist nicht, Frauen* können nicht gleich an Rechten sein, weil sie von Natur aus verschieden sind, sondern Frauen* und Männer* sind zwar gleich an Rechten, dennoch von Natur aus grundsätzlich verschieden. Statt gegen Feminismus – und das kann in der Tat als historisches Novum betrachtet werden – wird daher heute gegen ein akademisches Konzept mobilisiert: Gender. An die Stelle anti-feministischen Ressentiments und der Infragestellung der Gleichheit aller (?) tritt die

unheilvolle Beschwörung einer Dystopie staatlich verordneter, geschlechts-indifferenter Gleichmacherei, die, so Volker Zastrow, Leiter des Politikressorts der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, schon 2006, der »Empfindung der meisten Menschen, den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung« widerspreche und gegen die es sich daher legitimer Weise aufzulehnen gälte.

Ohnehin kann Zastrows Artikel in diesem Zusammenhang als stilbildend gelten. Ob es der Topos der aus Brüssel gesteuerten »politischen Geschlechtsumwandlung« ist, die Nahelegung, dass es sich bei den Gender Studies und Gender Mainstreaming um eine Art lesbische Weltverschwörung handelt oder das Pochen auf die Unhintergebarkeit einer biologisch fundierten Geschlechterdifferenz, im- und explizit stellt dieser Artikel bis heute den Referenzrahmen der Anfechtungen dar:

Wo die offensive Infragestellung von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichheit also politisch nicht mehr opportun erscheint, wo die Aufrechterhaltung von Geschlechterungleichheit in steigendem Maße von kontextspezifischen Bedingungen abhängig ist und der »ewige Unterschied« nicht mehr umstandslos, routinemäßig, als Deutungs- und Sinnressource zur Rechtfertigung von Ungleichheit zur Verfügung steht, die naturwissenschaftlich skandierte Betonung von wie auch immer »natürlichen« Geschlechterdifferenzen wieder relevant (gemacht). Um den nicht nur gefühlten Erosionen im Geschlechterverhältnis – die schließlich auch indizieren, wie nachhaltig feministische Bewegungen in die Geschlechterordnung und die patriarchalen Tiefenstrukturen unserer Gesellschaften eingegriffen haben – Herr zu werden, wird hier einmal mehr »szientistischer Lärm« produziert, das Arsenal biologisch fundierter Wahrheiten geöffnet und die Unhintergebarkeit der Zweigeschlechtlichkeit bekräftigt. Es ist mithin nicht wenig, was hier auf dem Spiel steht. Denn die asymmetrisch organisierte Zweigeschlechtlichkeit ebenso wie heteronormativ gerahmte, familienbasierte Vorstellungen von Sozialität sind, wie zuletzt etwa die weltweit geführten Debatten um die Ehe für alle zeigen, jüngst vehement unter Legitimationsdruck geraten.

Das aber heißt im Umkehrschluss nichts anderes, als dass die feministische Intervention den »Wahrheitsraum« Geschlecht (Edgar Forster), der über mehr als zwei Jahrhunderte, seit Beginn der modernen Wissenschaft, an der Naturalisierung von Geschlecht ausgerichtet war, in der Tat neu geordnet hat. Dass Aussagen über Geschlecht nur dann als wissenschaftlich ›wahr‹ Aussagen gelten können, sofern sie im Horizont einer naturhaft gedeuteten, kontradiktorisch organisierten und heteronormativ fundierten zweigeschlechtlichen Differenz angesiedelt sind, beansprucht zwar bis in die Gegenwart der Lebenswissenschaften Gültigkeit, dessen ungeachtet ist es der feministischen und geschlechterkritischen Theorie gelungen, Gender zu einem kritischen Werkzeug umzuformen, das heißt in einen Begriff zu transformieren, der keine Aussage darüber macht, ›was‹ sexuelle Differenz ist, sondern die Artikulation von Machtverhältnissen – und deren Infragestellung – ermöglicht.

»Eine Frage an und für unsere Zeit«

Versuchen wir an dieser Stelle ein Fazit, so ist wohl mehr als deutlich geworden, dass Gender verstört und irritiert. Das bezeugen die vehementen, hasserfüllten Anfechtungen, denen die Gender Studies seit mittlerweile mehr als zehn Jahren ausgesetzt sind. Auf dem Spiel steht freilich weit mehr als die Reputation der Gender Studies. Denn die Angriffe zielen nicht nur darauf, Wissenschaftler_innen und ihre wissenschaftliche Arbeit zu beschädigen, das interdisziplinäre Feld der Geschlechterforschung zu diskreditieren und als unwissenschaftlich zu denunzieren. Auf dem Spiel steht auch die explizite Diskreditierung von Wissenschaft und Universität als Ort eines unbedingten Fragens und Verhandels von Wirklichkeit, als Teil einer offenen, demokratischen und polyperspektivischen Gesellschaft.

Auf dem Spiel steht damit diese offene, demokratische und polyperspektivische Gesellschaft selbst. Denn der »Anti-Genderismus« ist Element eines rechtspopulistischen Dispositivs, das nicht nur auf die innere Aushöhlung rechtsstaatlicher, demokratischer Prinzipien (Wissenschaftsfreiheit) zielt, sondern in dem – auf den ersten Blick vielleicht paradox anmutend – Gender in

spezifischer Weise mobilisiert wird, nämlich für die Rechtfertigung von rassistischen Ausgrenzungspolitiken. Überall in Europa erleben wir derzeit, dass fremdenfeindliche, nationalistische Parteien, aber auch neoliberale Regierungen in zunehmenden Maße Vorstellungen von Gleichberechtigung benutzen, um darzustellen, dass männliche muslimische Bürger – und nicht-westliche männliche Migranten ganz allgemein – nicht imstande seien, die Rechte von Frauen* zu respektieren. Generell ist diese Art Mobilisierung von Gender und einer Vorstellung von Frauenemanzipation durch nationalistische und fremdenfeindliche Parteien sowie durch konservative Regierungen einer der wichtigsten Aspekte zur Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage. So sind die Kämpfe gegen sexuelle Vielfalt und gegen alles, was der vermeintliche „Gender-Wahn“ ist, in den Programmatiken und Rhetoriken von AfD und Pegida eng verknüpft mit entkernten Gleichstellungsrhetoriken und -politiken, die sehr stark fremdenfeindlich und rassistisch codiert sind.

Wir befinden uns – und ich halte das nicht für eine übertriebene Zuspitzung – mitten im Kampf um eine neue gesellschaftliche Hegemonie und diese kann eine rechte werden. Und genau hier liegt die Herausforderung, auf die Politik und Wissenschaft gemeinsam Antworten finden müssen.